

**Protokoll
über die 63. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
-Sondersitzung- am 13.06.2016**

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Ort: Alter Ratssaal, Rathaus, Am Markt 14, 19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzende

Gramkow, Angelika Oberbürgermeisterin

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Brauer, Hagen Dr.	entsandt durch AfD-Fraktion	
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU-Fraktion	
Foerster, Henning	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Horn, Silvio	entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger	
Janew, Marleen	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion	ab TOP 3
Nagel, Cornelia	entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Rudolf, Gert	entsandt durch CDU-Fraktion	
Schulte, Bernd	entsandt durch SPD-Fraktion	

stellvertretende Mitglieder

Herweg, Susanne entsandt durch CDU-Fraktion

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Gabriel, Manuela
Nottebaum, Bernd
Ruhl, Andreas
Schuklat, Thomas
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Strauß, Manfred

Fraktionsgeschäftsführer

Meinhardt, Cindy
Schwichtenberg, Anja
Zischke, Thomas

Leitung: Angelika Gramkow

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Änderung der Vergaberichtlinie für den Annette-Köppinger-Preis
Vorlage: 00730/2016
3. Schulentwicklungsplanung für allgemein bildende Schulen der Landeshauptstadt Schwerin 2014/2015 bis 2019/2020 sowie Festlegung von Schuleinzugsbereichen
Vorlage: 00703/2016
4. Schaffung weiterer Kita-Plätze und Erhalt von Plätzen in der Kindertagespflege mit Mitteln aus der Zuweisung des Landes M-V an die Landeshauptstadt Schwerin für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2016
Vorlage: 00698/2016
5. Senkung von Elternbeiträgen in Kinderkrippen, Kindergärten und der Kindertagespflege
Antragstellerin: SPD-Fraktion
Vorlage: 00696/2016
6. Verkehrsberuhigung in der Hagenower Straße
Antragstellerin: Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf
Vorlage: 00701/2016
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Oberbürgermeisterin Frau Angelika Gramkow eröffnet die 63. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- zu 2 Änderung der Vergaberichtlinie für den Annette-Köppinger-Preis
Vorlage: 00730/2016**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice hat der Beschlussvorlage am 08.06.2016 einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt folgende Änderung in Abschnitt 6 (Jurymitgliedschaft) der Vergaberichtlinie des Annette-Köppinger-Preises: Das Jurymitglied „Vertreterin/Vertreter des Fördervereins der Berno-Gemeinde“ wird ersetzt durch „Vertreterin/Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften Schwerins“.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 13.06.2016 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

063/HA/0509/2016

zu 3

**Schulentwicklungsplan für allgemein bildende Schulen der
Landeshauptstadt Schwerin 2014/2015 bis 2019/2020 sowie Festlegung von
Schuleinzugsbereichen
Vorlage: 00703/2016**

Bemerkungen:

1.)

Am 08.06.2016 wurde eine Ergänzung zur Anlage in die Informationssysteme eingestellt.

2.)

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Beschlussvorlage am 09.06.2016 mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen zugestimmt.

3.)

Auf Nachfrage von Frau Nagel sichert die Oberbürgermeisterin zu, dass der Schulentwicklungsplan jährlich überprüft wird. Im Januar 2017 wird es eine erste Überprüfung der Zugangszahlen geben.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadtvertretung beschließt den Schulentwicklungsplan (SEP) für allgemeinbildende Schulen in der Landeshauptstadt Schwerin für den Planungszeitraum 2015/2016 bis 2019/2020 (Anlage 1) und beauftragt die Verwaltung, die Genehmigung nach § 107 SchulG M-V beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V zu beantragen.
2. Die Stadtvertretung beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Staatliche Schulamt Schwerin, die als Anlage beigefügte Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für allgemein bildende Schulen in öffentlicher Trägerschaft der Landeshauptstadt Schwerin (Anlage 2).

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 13.06.2016 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

063/HA/0510/2016

zu 4

Schaffung weiterer Kita-Plätze und Erhalt von Plätzen in der Kindertagespflege mit Mitteln aus der Zuweisung des Landes M-V an die Landeshauptstadt Schwerin für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2016
Vorlage: 00698/2016

Bemerkungen:

1.)

Es liegt eine Änderungsmitteilung der Verwaltung vom 31.05.2016 vor. Es werden der Betreff und der Beschlussvorschlag geändert.

2.)

Der Jugendhilfeausschuss hat der Beschlussvorlage am 01.06.2016 mehrheitlich bei drei Gegenstimmen zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales hat der Beschlussvorlage am 09.06.2016 mehrheitlich bei drei Gegenstimmen zugestimmt.

3.)

Zur heutigen Sitzung liegt folgender mehrfraktioneller Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger sowie der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor:

Die Stadtvertretung beschließt:

Der Beschlusstext in der Vorlage wird durch folgenden Text ersetzt:

„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die Verwendung der angekündigten freiwerdenden Bundesmittel aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes mehrere Alternativen vorzustellen. Geprüft werden soll unter anderem die Ausweitung von Öffnungszeiten, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, eine Reduzierung der Elternbeiträge für Vollzahler in der Kindertagesbetreuung und die Schaffung zusätzlicher integrativer Plätze auch im Hort. Dazu erarbeitet die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Stadtfraktionen und der Elternschaft einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag, der der Stadtvertretung bis 30.9.16 zur Beratung vorgelegt wird.

Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss wird der Beschlussvorschlag wie folgt ergänzt:

Ab dem Haushaltsjahr 2017 wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, für die Verwendung der angekündigten freiwerdenden Bundesmittel aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes mehrere Alternativen vorzustellen. Geprüft werden soll unter anderem die Ausweitung von Öffnungszeiten, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, eine Reduzierung der Elternbeiträge für Vollzahler in der Kindertagesbetreuung und die Schaffung zusätzlicher integrativer Plätze auch im Hort.

Dazu erarbeitet die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Stadtfraktionen und der Elternschaft einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag, der der Stadtvertretung bis 30.11.2016 zur Beratung vorgelegt wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

- 1.) Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die vom Land M-V zugewiesenen Mittel für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2016 in Höhe von 397.027,32 € haushaltsneutral für die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten im Kindergartenbereich *und für den Erhalt von Plätzen in der Kindertagespflege* einzusetzen.
- 2.) Ab dem Haushaltsjahr 2017 wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, für die Verwendung der angekündigten freiwerdenden Bundesmittel aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes mehrere Alternativen vorzustellen. Geprüft werden soll unter anderem die Ausweitung von Öffnungszeiten, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, eine Reduzierung der Elternbeiträge für Vollzahler in der Kindertagesbetreuung und die Schaffung zusätzlicher integrativer Plätze auch im Hort. Dazu erarbeitet die Verwaltung gemeinsam mit Vertretern der Stadtfraktionen und der Elternschaft einen entsprechenden Umsetzungsvorschlag, der der Stadtvertretung bis 30.11.2016 zur Beratung vorgelegt wird.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 13.06.2016 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

063/HA/0511/2016

zu 5

Senkung von Elternbeiträgen in Kinderkrippen, Kindergärten und der Kindertagespflege

Antragstellerin: SPD-Fraktion

Vorlage: 00696/2016

Bemerkungen:

1.)
Der Jugendhilfeausschuss hat den Antrag am 01.06.2016 mehrheitlich bei drei Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat den Antrag am 09.06.2016 mehrheitlich bei drei Dafürstimmen abgelehnt.

2.)
Herr Meslien, Vorsitzender der Antrag stellenden Fraktion zieht den Antrag zurück.

zu 6

Verkehrsberuhigung in der Hagenower Straße
Antragstellerin: Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf
Vorlage: 00701/2016

Bemerkungen:

1.)

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat dem Antrag am 02.06.2016 einstimmig mit folgenden Änderungen zugestimmt:

„Die Stadtvertretung begrüßt die zwischen den betroffenen Anwohnern, dem Technologiezentrum und den beiden Autohäusern hergestellte Einigung zur Reduzierung des Durchgangsverkehres in der Hagenower Straße und spricht sich dafür aus, dass die Maßnahmen 1. I Versetzung des Tempo-30-Schildes im Süden und die Maßnahme 6 - Einrichtung einer Einbahnstraße im Verbindungsstück zwischen Ludwigsluster Chaussee und Hagenower Straße bis zum 30.07.2016 umgesetzt werden. Für die Maßnahme 5 - Änderung der LSA-Schaltung am Knotenpunkt Stadionstraße soll bis 30.09.2016 ein Finanzierungsvorschlag durch die Verwaltung vorgelegt werden. Maßnahmen die den Nahverkehr auf der Hagenower Straße beeinträchtigen sind bis zum Ende der Testphase der Buslinie 7 zu unterlassen. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach einem Jahr im Sommer 2017 zu prüfen, inwieweit eine deutliche Reduzierung des Durchgangsverkehres erreicht werden konnte.“

Der Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung hat sich am 09.06.2016 den Änderungen aus dem Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr angeschlossen und diesen einstimmig mit folgender Ergänzung zugestimmt:

Maßnahme 4 - Parkplätze auf den Grünstreifen von Hagenower Straße 15 bis 23
„Bei einer derzeit angenommenen Straßenbreite von 7,50 m sollen die Parkstreifen bis zum 31.07.2016 so gelegt werden, dass eine Mindestbreite verbleibt, die den Begegnungsverkehr der Busse gewährleistet.“

2.)

Herr Nottebaum erläutert auf Nachfrage von Herrn Horn zur Maßnahme 1, den Kompromissvorschlag aus den Fachausschüssen.

Herr Meslien weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung im Ausschuss für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung zugesagt hat, alle nicht kurzfristig realisierbaren Punkte des Maßnahmenkatalogs des Ortsbeirates auf Machbarkeit zu prüfen und die machbaren Punkte umzusetzen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung begrüßt die zwischen den betroffenen Anwohnern, dem Technologiezentrum und den beiden Autohäusern hergestellte Einigung zur Reduzierung des Durchgangsverkehres in der Hagenower Straße und spricht sich dafür aus, dass die Maßnahmen 1. I Versetzung des Tempo-30-Schildes im Süden und die Maßnahme 6 - Einrichtung einer Einbahnstraße im Verbindungsstück zwischen Ludwigsluster Chaussee und Hagenower Straße bis zum 30.07.2016 umgesetzt werden.

Die Maßnahme 4 - Parkplätze auf den Grünstreifen von Hagenower Straße 15 bis 23 wird bis zum 31.07.2016 umgesetzt:

Bei einer derzeit angenommenen Straßenbreite von 7,50 m sollen die Parkstreifen so gelegt werden, dass eine Mindestbreite verbleibt, die den Begegnungsverkehr der Busse gewährleistet.

Für die Maßnahme 5 - Änderung der LSA-Schaltung am Knotenpunkt Stadionstraße soll bis 30.09.2016 ein Finanzierungsvorschlag durch die Verwaltung vorgelegt werden.

Maßnahmen die den Nahverkehr auf der Hagenower Straße beeinträchtigen sind bis zum Ende der Testphase der Buslinie 7 zu unterlassen.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach einem Jahr im Sommer 2017 zu prüfen, inwieweit eine deutliche Reduzierung des Durchgangsverkehres erreicht werden konnte.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 13.06.2016 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

053/HA/0512/2016

zu 7

Sonstiges

Bemerkungen:

1.)

Die Oberbürgermeisterin informiert, dass das neue Spielplanheft 2016/2017 der Mecklenburgisches Staatstheater GmbH vorliegt.

2.)

Die Oberbürgermeisterin informiert, dass die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 21.06.2016 bereits um 17 Uhr beginnen wird.

gez. Angelika Gramkow

Vorsitzende

gez. Simone Timper

Protokollführerin